

EDITORIAL

❖ Zur Zwischenbilanz dieser Legislaturperiode gehört auch die Einsicht, dass sich das Parteiensystem in Deutschland grundlegend verändert hat: Der Zusammenschluss des Ideologie-Populisten Lafontaine mit der straff durchorganisierten SED-Nachfolgerin PDS und ihren unbelehrbar kommunistischen Untergruppen hat am linken Rand eine feste Größe etabliert. Die strategischen Folgen für die SPD sind unabsehbar.

Zugleich ist es falsch, von einer „strukturellen linken Mehrheit“ zu sprechen, wie das von interessierter Seite immer wieder geschieht. Man kann nicht einfach alle Wähler von SPD und Grünen dem linken Lager zurechnen. Hier finden sich viele „Wechselwähler“, die für die bürgerliche Mitte ansprechbar sind. Das gilt umso mehr für die große Zahl der Nichtwähler, wo zudem viele enttäuschte Konservative zu finden sind.

Auch programmatisch lassen sich Linke/PDS, SPD und Grüne nicht einfach in einen Topf werfen. Mehrheiten in der Sache überschreiten Parteigrenzen. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik beispielsweise stehen Union, FDP und viele Grüne der staatsgläubigen SPD und Linken gegenüber. In der Frage der Bioethik sind Union, Grüne und Teile der SPD näher beieinander, während sich die FDP in der Gesellschaft derer findet, die links außen ethische Fragen fast völlig ignorieren. Und strategisch gilt, dass Union, FDP und Grüne Bündnisse mit der PDS schon im Blick auf deren Verhältnis zur DDR grundsätzlicher ablehnen als wachsende Teile der SPD, die solchen Versuchen zuneigen.

Die SPD pflegt ihre Koalitionsoptionen durch breite Farbenvielfalt in den Ländern.



Es gilt das Motto: *Anything goes* – von der CDU in Brandenburg bis zur PDS in Berlin. Auf Bundesebene liegt das vermeintliche Koalitionshindernis nicht in der Politik der Linken/PDS, sondern in den persönlichen Animositäten gegenüber Lafontaine. Nicht seine verantwortungslosen „Fremdar-

beiter-Entgleisungen“ zur Anbiederung rechts außen oder seine Lobhudelei für den sozialistischen Militaristen Hugo Chávez in Venezuela verhindern das Zusammengehen, sondern die Erinnerung an seinen „Verrat“ an der SPD. Aber das wächst sich aus – es ist eine Generationenfrage, und viele in der SPD wollen sich die rot-rote Koalitionsoption offenhalten.

Weil die Bindungskraft der Volksparteien nachlässt, wird es aber immer schwerer für eine Volkspartei, mit nur einem kleinen Partner eine Mehrheit zu erreichen.

Die Union tut gut daran, ihre Chancen der eigenen Regierungsbeteiligung nicht auf die scheinbar einzige Alternative zwischen Mehrheitsfindung mit der FDP oder notgedrungen einer Großen Koalition zu beschränken. Deshalb sollte die Erweiterung des Wunschbündnisses mit der FDP um die Grünen kein Tabu sein, wenn das Wahlergebnis dies erzwingt. Ob sich mit „Jamaika“ im Falle des Falles die Fortsetzung der Großen Koalition, eine SPD-geführte „Ampel“ oder die Regierungsbeteiligung der PDS verhindern lässt, müssen kontinuierlicher Sachdialog und der Aufbau persönlicher Netzwerke erweisen. Einfaches Abwarten ist dabei ebenso wenig zielführend wie ständige lautstarke Koalitionsspekulationen. ❖

